Stadtteulfeste – Genehmigungsprozess und Auflagen

Bericht:

1. Vorbemerkung

In Nürnberg gibt es eine Vielzahl an Stadtteulfesten (Auflistung im Anhang), die sich zum Ziel gesetzt haben, das Miteinander in den Quartieren, den Austausch der Akteure vor Ort und die Einbeziehung der Stadtteilbevölkerung in Form eines geselligen Anlasses zu begehen. Wesentlich ist hierbei nicht nur das gemeinsame Feiern selbst, sondern auch der unterjährige Austausch der beteiligten Akteurinnen und Akteure. Die Stadtteulfeste zeichnen sich deshalb auch dadurch aus, dass kein kommerzielles Interesse verfolgt wird, sondern die Beteiligung und Eigeninitiative der Stadtteilbevölkerung und der zivilgesellschaftlichen Partner im Stadtteil im Vordergrund steht.

2. Historie

Das Format der Stadtteulfeste reicht bis in die 1970er Jahre zurück. Häufig wurden sie als Vorläuferaktivität zu Stadtteilkultureinrichtungen entweder unmittelbar oder mit Unterstützung des Amtes für Kultur und Freizeit durchgeführt, so z.B. das Südstadtfest, die Stadtteulfeste in Gleißhammer, in der Gartenstadt oder in Röthenbach. Andere Feste stehen oder standen im unmittelbaren Zusammenhang zu Stadtentwicklungs- oder Stadterneuerungsmaßnahmen, so z.B. das Kobergerplatz-Fest, das Stadtteilfest Gostenhof oder das Nachbarschaftsfest St. Leonhard-Schweinau. Wieder andere waren einfach Ausdruck zivilgesellschaftlichen Engagements, das gemeinsame Feiern als Bindeglied im Stadtteil für eine sich ausdifferenzierende Stadt(teil)gesellschaft einzusetzen und dem Fehlen von gemeinsamen Anlässen der Kommunikation etwas entgegen zu setzen (z.B. das Hochstraßenfest, das zuletzt vom bundesweiten Netzwerk Nachbarschaft dafür mit dem sog. „Nachbarschafts-Oskar“ ausgezeichnet wurde).

Für Stadtteulfeste gab es bis ins Jahr 1996 städtische Zuschüsse, die sowohl der Finanzierung der Programme als auch der Infrastruktur dieser Feste dienten. Seit diese Zuschüsse als Folge der Haushaltskonsolidierung gestrichen wurden, mussten die Feste sich selbst finanzieren oder durch Teildeckungen aus den Budgets der veranstaltenden Einrichtungen getragen werden. Gleichzeitig wurde mit Bericht im Kulturausschuss vom 18.04.1997 die Möglichkeit geschaffen, über eine Zuschuss Haushaltsstelle wenigstens die städtischen Gebühren zurückzuerhalten, die im städtischen Haushalt an anderer Stelle als Einnahmen gebucht werden.

Nach den tödlichen Unfällen bei der Love-Parade in Duisburg im Jahr 2010 wurde auch im Hinblick auf Stadtteulfeste die Frage der Verantwortlichkeit und der Veranstalterhaftung intensiv diskutiert. Waren die Feste bis dahin oftmals in gemeinsamer ideeller Verantwortung von Stadt und zivilgesellschaftlichen Akteuren organisiert worden, mussten nunmehr eindeutige Verantwortlichkeiten geschaffen werden. Der Sachverhalt einer „Schein-GbR“ wurde 2011 beispielsweise intensiv zwischen RA, BgA und KUF mit Hinblick auf das Südstadtfest diskutiert und führte schließlich zur Gründung des Südstadtfest-Vereins. Seither gilt generell die Regel, dass entweder ein eindeutiger Veranstalter als natürliche oder juristische Person benannt sein muss, oder aber die Stadt Nürnberg bzw. eine

städtische Einrichtung verantwortlich als Veranstalter agiert. „Mischformate“, die letztendlich eine Gesellschaft bürgerlichen Rechts nach BGB darstellen, in der „alle für alles“ gemeinsam haften, sind zumindest den städtischen Einrichtungen nicht gestattet und erfordern auch bei anderen Veranstalterkonfigurationen einen entsprechenden Kooperationsvertrag.

3. Ziele und Inhalte der Stadtteilstefte

Sämtliche Stadtteilstefte sehen sich dem gemeinsamen Austausch der jeweiligen Akteure im Stadtteil verpflichtet und beabsichtigen dem Fehlen von öffentlich stattfindender Kommunikation einen Anlass entgegen zu setzen, der Menschen unterschiedlicher ethnischer Zugehörigkeit und unabhängig von ihrem sozialen Status, zum gemeinsamen Feiern zusammenbringt. Wie bereits erwähnt, lagen diesen Festen häufig stadtentwicklungspolitisch relevante Entscheidungen zugrunde, die einen Anlass für den Austausch diesbezüglich benötigten, z.B. die Schaffung und Gestaltung von öffentlichen Plätzen. Außerdem sind sie immer auch Anlass, um über die jeweils spezifischen Anliegen und Aktivitäten der zivilgesellschaftlichen Organisationen im Stadtteil zu informieren und sich darüber auszutauschen. Durch Stadtteilstefte werden zudem auf der Akteursebene Vereine und Organisationen unterschiedlicher politischer oder weltanschaulicher Orientierung und Herkunft zusammengebracht.

Um Stadtteilstefte im Sinne der Kulturausschussbehandlung von 1997 als solche zu behandeln und ihnen die Möglichkeit der Gebührenkompensation zu geben, wurde damals im Bericht festgehalten: „*Stadtteilstefte, im Sinne der vom Stadtrat 1997 beschlossenen Richtlinie, sind:*

- *Aktivitäten mit Festcharakter, die der Belebung öffentlicher Straßen und Plätze dienen;*
- *die Zusammenarbeit von Vereinen, Organisationen und Initiativen im Einzugsbereich des Festes fördern und*
- *deren regelmäßige Durchführung wahrscheinlich ist.“*

Da durch den zugrundeliegenden Beschluss Programmzuschüsse weggefallen sind, hat es auch keiner weiteren Qualitätsstandards bedurft.

4. Aktuelle Problemlagen

Sämtliche Stadtteilstefte leiden spätestens seit der Streichung der Programmzuschüsse unter einem finanziellen Druck, weil über die Einnahmen durch Getränke und Speisen der gesamte finanzielle Aufwand abzudecken ist. Des Weiteren wurde in den letzten zehn Jahren der finanzielle und logistische Aufwand immer größer, um tatsächlich ein qualitativvolles Fest mit entsprechender Besucherresonanz zu organisieren. Vor allem die mittlerweile zu erfüllenden Auflagen und Vorschriften, von der Lebensmittelhygiene bis hin zu den deutlich gestiegenen Gema-Gebühren führen alljährlich zu einem deutlichen Anstieg der Klagen und Beschwerden bis hin zu Absagen einzelner Feste. Dabei spielt auch das Wetter-Risiko eine große Rolle. Durch schlechtes Wetter kann es zu Einnahmehinbrüchen z.B. bei Essen und Getränken kommen, die die gesamte Festfinanzierung gefährden.

KUF führt seit vielen Jahren ein jährliches Treffen der Stadtteilstfestveranstalter durch, an dem über die jeweiligen Problemlagen der einzelnen Feste beraten wird oder z.B. die Vertreter von Genehmigungsbehörden wie OA die vorhandenen Auflagen bzw. den Umgang damit erläutern. Bei diesen Treffen ist in den letzten beiden Jahren zunehmend spür- und hörbar, dass die Veranstalter zwar nach wie vor willens sind, an ihren Aktivitäten festzuhalten, aber gleichzeitig der Verdruss steigt, da die Auflagen immer restriktiver werden und der Durchführungsaufwand und damit verbunden der finanzielle Aufwand, stetig zunimmt. Und dieser finanzielle Mehraufwand ist eben nur im sehr geringen Umfang gedeckt durch die Bezuschussung von städtischen Gebühren.

Als weiteres Problem stellt sich in der jüngeren Vergangenheit verstärkt heraus, dass die beteiligten Organisationen, Vereine, etc. zwar grundsätzlich ihre Bereitschaft zur Teilnahme aufrechterhalten, aber gleichzeitig immer größere Schwierigkeiten haben, die aktive Mitarbeit z.B. bei Auf- und Abbau selbst zu gewährleisten, weil die Zahl derjenigen, die sich dafür engagieren, geringer wird, unter anderem weil für ausscheidende langjährige Aktive kein Nachwuchs gefunden werden kann. So ist es verstärkt notwendig, zur logistischen Vorbereitung und für den Auf- und Abbau der Feste bezahlte Hilfskräfte zu verpflichten, was wiederum zusätzliche Kosten verursacht.

5. Zukunft und Absicherung der Stadtteilstfeste

Aus Sicht der Verwaltung und auch aus Sicht der beteiligten zivilgesellschaftlichen Organisationen bleiben die Stadtteilstfeste ein nach wie vor notwendiges und sinnvolles Format, um die oben beschriebenen Ziele zu erreichen und damit einen Beitrag zum Funktionieren der Stadtgesellschaft zu leisten, der heute vielleicht sogar notwendiger denn je ist.

In einem Gespräch zwischen den Genehmigungsbehörden wurde deshalb vereinbart, das jährlich stattfindende Treffen der Stadtteilstfestveranstalter mit KUF dazu zu nutzen, um die aus Veranstalter-sicht konkreten Hindernisse und Barrieren abzufragen. Das diesjährige Treffen fand am 15.03.2018 statt.

6. Beantwortung der Fragestellungen gemäß Antrag Bündnis 90 / Die Grünen, sowie der ergänzenden Fragestellungen aus dem Gespräch vom 15.03.2018

- Prozess des Antrags- und Genehmigungsverfahrens und Aufgaben der beteiligten Dienststellen

Ziel der Einrichtung des Dienstleistungsbüros Veranstaltungen im Liegenschaftsamt (DLB Veranstaltungen) im Jahre 2001 war es, mit einer neuen Serviceeinrichtung einen kompetenten Ansprechpartner bei der Stadt Nürnberg für alle im Rahmen einer Veranstaltungsgenehmigung auftretenden Fragen zu schaffen und damit den Bürgerservice zu verbessern. Als Basismodul soll ein multifunktionales Antragsformular bereitgestellt werden, ergänzt durch verschiedene fachspezifische Zusatzmodule (z. B. Antrag auf Abwassereinleitung). Zudem sollte eine einheitliche Verbescheidung des Antrages erfolgen.

In der Praxis zeigte sich, dass aufgrund gesetzlicher Vorgaben gesonderte, auf die jeweiligen gesetzlichen Anforderungen abgestellte Anträge gestellt werden und von den jeweiligen Fachdienststellen genehmigt werden müssen.

Zudem verfügen nur die einzelnen Fachdienststellen über das Spezialwissen und die Kompetenz (z. B. im Gaststätten- bzw. Verkehrsrecht), um die für die Erlaubnisse/Genehmigungen notwendigen Informationen einzuholen.

Das DLB Veranstaltungen versteht sich weiterhin als zentrale Anlaufstelle für Veranstalter, genehmigt in eigener Zuständigkeit und berät über die parallel ggf. erforderlichen weiteren gesonderten Genehmigungen. Das Dienstleistungsbüro Veranstaltungen nimmt darüber hinaus auch Anträge im Zuständigkeitsbereich anderer Fachdienststellen entgegen und leitet diese zur weiteren Bearbeitung stadtintern weiter.

Auch wenn aus gesetzlichen Gründen kein einheitlicher Bescheid erstellt werden kann, hat es sich in der Praxis bewährt, dass mit dem **DLB Veranstaltungen ein zentraler Ansprechpartner** besteht, der dem Ansprechpartner zur Verfügung steht.

Naturgemäß ergibt sich in den Frühlings- und Sommermonaten eine Häufung von Anträgen für Veranstaltungen, die sowohl beim Liegenschaftsamt, als auch dem Servicebetrieb öffentlicher Raum oder dem Ordnungsamt eingehen. Die Bearbeitung der Anträge erfordert eine sorgfältige und gewissenhafte Abstimmung mit den unterschiedlichen Fachdienststellen. Dabei erstreckt sich die Einholung von Informationen nicht nur auf die Sicherheitsbehörden wie z.B. Feuerwehr und Polizei. Auch wird eine Fülle weiterer externer Fachdienststellen (ggf. das Wasserwirtschaftsamt, das Luftamt Nordbayern, die VAG, Sanitätsdienste) um Stellungnahme gebeten. Dies alles bedarf einer gewissen Vorlaufzeit, bevor ein Bescheid erstellt werden kann.

Um die Gestattungen/Erlaubnisse rechtzeitig vor Beginn der Veranstaltung erteilen zu können, ist deshalb eine frühzeitige Antragsstellung (mindestens 6 Wochen vorher) erforderlich. Für die ordnungsgemäße Bearbeitung der Anträge sind diese vollständig mit allen erforderlichen Angaben zu stellen. Das Dienstleistungsbüro Veranstaltungen berät die Antragssteller im Vorfeld und gibt auf seinen Seiten im Internet entsprechende Hinweise.

Die weiteren Fachdienststellen bemühen sich ebenfalls, dem Veranstalter rechtzeitig vor der Veranstaltung den Genehmigungsbescheid zu erteilen, der ggf. weitere Auflagen erhält, die von ihm erfüllt werden müssen (z. B. Freihaltung der Feuerwehrspur).

Aufgrund der Antragsdichte in der veranstaltungsintensiven Zeit kann leider nicht ausgeschlossen werden, dass die Bearbeitung der Anträge im ein oder anderen Fall einen längeren Bearbeitungszeitraum einnehmen wird.

- Einzuhaltende Auflagen und Unterstützung durch die Stadt

Für jede Veranstaltung ist anhand des konkreten Veranstaltungskonzeptes zu klären, welche Auflagen aus Sicht der Fachdienststellen zur ordnungsgemäßen Durchführung der Veranstaltung einzuhalten und damit im Genehmigungsbescheid aufgenommen werden müssen.

Die Klärung erfolgt durch die genehmigende Dienststelle im Rahmen einer Instruktion, an der die jeweiligen Fachdienststellen beteiligt werden.

Grundsätzlich sind öffentliche Veranstaltungen der Sicherheitsbehörde (Ordnungsamt) anzuzeigen. Diese beurteilt je nach zu erwartender Besucherzahl, welche Maßnahmen getroffen werden, so z. B. auch die Bereitstellung eines Sanitätsdienstes. Als Berechnungsbasis für vorzuhaltendes Sanitätspersonal existiert der „Maurer Algorithmus“ neben weiteren Kriterien, die nach Einzelfall geprüft werden.

Das Ordnungsamt entscheidet für jede Veranstaltung gesondert in Abstimmung mit z. B. Polizei, Feuerwehr über erforderliche Maßnahmen. Hier empfiehlt sich ggf. die Erstellung eines Sicherheitskonzeptes und eine rechtzeitige Kontaktaufnahme, damit offene Fragen frühzeitig geklärt werden können.

Auf den Stadtteilstesten werden in der Regel auch alkoholische Getränke abgegeben. Für diesen Ausschank ist eine Gestattung nach § 12 des Gaststättengesetzes erforderlich. Aufgrund der Abgabenordnung ist das Ordnungsamt verpflichtet, die Finanzbehörden durch einen Abdruck des Bescheides zu verständigen.

Zudem ist die Feuerwehr (Fw) zu instruieren, deren veranstaltungsbezogenen Auflagen dem Veranstalter aufzugeben sind. Dies betrifft insbesondere Auflagen

- zur Sicherstellung der Aufgaben der Feuerwehr im Bereich der Veranstaltung;
- zur Sicherstellung des baurechtlich geforderten zweiten Rettungswegs mit Leitern der Feuerwehr im Bereich der Veranstaltung;
- zur Verhinderung einer Brandgefahr durch Aufbauten der Veranstaltung für bauliche Anlagen im Bereich der Veranstaltung;
- zur Veranstaltungssicherheit (Vorhaltung Feuerlöscher, Umgang mit brennbaren Gasen);
- zur Sicherstellung der Flucht- und Rettungswege aus dem Veranstaltungsbereich.

Grundsätzlich betrachtet die Feuerwehr jede Veranstaltung als Einzelfall und passt die Auflagen an die Charakteristik der Veranstaltung und des Veranstaltungsumfeldes an. Die Feuerwehr bietet dem Veranstalter als Dienstleister Beratung zu möglichen Auflagen an, mit dem Ziel, gemeinsam tragbare Lösungswege umzusetzen der letztlich der Veranstaltungssicherheit dienen.

Um Gefahren abzuwehren, sind im Rahmen der Veranstaltungskonzepte stets die geforderten Mindestabstände einzuhalten. Aus sicherheitsrechtlichen Erwägungen können nicht immer alle Wünsche des Veranstalters erfüllt werden.

- Kontrolle der Einhaltung von Auflagen

Die Fachdienststellen überprüfen im Rahmen der vorhandenen personellen Ressourcen die Einhaltung der Auflagen während der Veranstaltung. Neben anlassbezogenen Kontrollen erfolgt eine stichprobenhafte Überprüfung.

7. Fazit:

Die Verwaltung hat in den letzten Jahren große Anstrengungen unternommen, das Genehmigungsverfahren für Veranstaltungen im öffentlichen Raum zu optimieren und für den Antragssteller zu vereinfachen. Dies gilt auch für Stadteilfeste.

Durch die Schaffung des DLB Veranstaltungen beim Liegenschaftsamt ist eine zentrale Anlaufstelle für Veranstalter geschaffen worden. Hier können Anträge gesammelt eingereicht werden, die an die jeweiligen Fachdienststellen weitergeleitet werden. In einem Instruktionsverfahren wird den jeweiligen Fachdienststellen das Veranstaltungskonzept vorgelegt. Diese teilen dann die entsprechenden Auflagen mit, die in dem Genehmigungsbescheid aufzunehmen sind.

Da die Stadteilfeste jährlich stattfinden, können diese auch von den Veranstaltern strukturiert vorbereitet werden. Damit kann eine Entzerrung bei der Vorbereitung und Antragstellung durch rechtzeitige direkte Kontaktaufnahme mit dem DLB Veranstaltungen erfolgen und frühzeitig das qualifizierte Beratungsangebot der Fachdienststellen in Anspruch genommen werden.